



MINISTERIUM FÜR SOZIALES, ARBEIT,
GESUNDHEIT UND DEMOGRAFIE

Mainz, 13. März 2020
Nr. 060-3/20

Verantwortlich (i.S.d.P.)

Stefanie Schneider
Pressesprecherin

Telefon 06131 16-2377
Telefax 06131 16-172377
Stefanie.Schneider@msagd.rlp.de

Corona

Information der Landesregierung zum aktuellen Stand hinsichtlich des Coronavirus: Bundesratsinitiative zur Sicherung der Arzneimittelversorgung

Aktuell gibt es in Rheinland-Pfalz insgesamt **101** bestätigte SARS-CoV-2 Fälle.

Landkreis	Bisher bekannt
Ahrweiler	2
Altenkirchen	0
Alzey-Worms	2
Bad Dürkheim	7
Bad Kreuznach	0
Bernkastel-Wittlich	3
Birkenfeld	0
Bitburg-Prüm	4
Cochem-Zell	2
Donnersbergkreis	2
Germersheim	2
Kaiserslautern	2
Kusel	1
Mainz-Bingen	10
Mayen-Koblenz	7
Neuwied	8
Rhein-Hunsrück	6
Rhein-Lahn-Kreis	5
Rhein-Pfalz-Kreis	1
Südliche Weinstr.	1
Südwestpfalz	0
Trier-Saarburg	0
Vulkaneifel	3
Westerwaldkreis	2



PRESSEDIENST

Stadt	Bisher bekannt
Frankenthal	1
Kaiserslautern	6
Koblenz	8
Landau i.d.Pfalz	0
Ludwigshafen	1
Mainz	11
Neustadt Weinst.	1
Pirmasens	0
Speyer	0
Trier	3
Worms	0
Zweibrücken	0

Stand: 11.00 Uhr

Die Betroffenen zeigen unterschiedliche Symptome, aktuell ist keiner schwerwiegend erkrankt.

Um eine einheitliche Berichterstattung zu gewährleisten, geben wir ausschließlich in der Meldesoftware des RKI übermittelte laborbestätigte Fälle bekannt. Diese entsprechen den von den Gesundheitsämtern über die Landesmeldestelle beim Landesuntersuchungsamt an das Robert Koch-Institut gemeldeten laborbestätigten Fälle einer COVID-19 Erkrankung mit Meldeadresse in Rheinland-Pfalz. Diese Überführung des epidemiologischen Berichtswesens auf Daten der Meldesoftware entspricht den Vorgaben des Robert Koch-Instituts.

Bundratsinitiative zur Sicherung der Arzneimittelversorgung

Der Bundesrat hat heute auf Antrag der Länder Rheinland-Pfalz und Hessen die Bundesregierung aufgefordert, den Ursachen für die anhaltend wiederkehrenden Engpässe bei versorgungsrelevanten Arzneimitteln auf den Grund zu gehen und entsprechend passende Gegenstrategien zu entwickeln. Darüber hinaus bittet der Bundesrat die Bundesregierung zu prüfen, ob auch im Medizinproduktebereich und im Bereich des Arbeitsschutzes Maßnahmen zur Vermeidung von möglichen künftigen Lieferengpässen wie im Arzneimittelbereich zu treffen sind.



PRESSEDIENST

Aufgrund der anhaltend wiederkehrenden Lieferengpässe hatten die Länder Hessen und Rheinland-Pfalz bereits im Februar, vor Beginn der Coronavirus-Verbreitung in Deutschland, diese Initiative in den Bundesrat eingebracht.

„In der aktuellen Krisensituation zeigt sich, wie wichtig unser Vorstoß war“, betonte die rheinland-pfälzische Gesundheitsministerin, Sabine Bätzing-Lichtenthäler. Sie halte es für unumgänglich, die Einrichtung von europäischen Produktionsstandorten zu unterstützen. Die Landesregierung macht sich für eine nahe Arzneimittelversorgung aus dem europäischen Umland stark, um bei Verknappungen durch kurze Liefer- und Produktionswege schneller reagieren zu können. Auch die Einhaltung von entsprechenden Qualitätsstandards auf europäischer Ebene würde einige Probleme der Vergangenheit, wie zum Beispiel die Verunreinigung von Medikamenten, eliminieren.

„Es zeigt sich in der derzeitigen Lage sehr deutlich, wie wichtig ein verlässliches Liefer- und Versorgungssystem für die Patientinnen und Patienten im Land ist. Mit der heutigen Entschließung des Bundesrates ist ein wichtiger Schritt in diese Richtung getan“ so Bätzing-Lichtenthäler.

Auf der [Internetseite des Gesundheitsministeriums](#) finden Sie weitere Informationen, Hygienetipps sowie eine umfangreiche Linksammlung zu weiteren Informationsquellen.

Die **Hotline für Bürgerinnen und Bürger** zu Fragen zum Coronavirus ist erreichbar unter der Telefonnummer **0800 575 81 00** (Montag – Freitag 8 bis 18 Uhr; Samstag – Sonntag 10 bis 15 Uhr).